

rum" oder die Schulausstellung "Anne Frank. Lehren der Geschichte". Jährliche Sommerakademien unter verschiedenen Themen, die auf Selbstorganisation und Bildung von unten setzten, waren wichtige internationale Treffpunkte für politisch interessierte und engagierte junge Menschen. Mit dem "Urban Fest" Anfang Juni und dem "Vostok-Forum 2014" Ende Juli/Anfang August fanden möglicherweise die letzten von der Organisation veranstalteten Konferenzen statt, sollten sich FSB und Staatsanwaltschaft durchsetzen.

"Freiheit!" - ein Aufruf zu Gewalt...

Die GDM-Zeitschrift "Jugend für Menschenrechte" sei einer vom "Zentrum gegen Extremismus" (eine der politischen russischen Strafverfolgungsbehörden) bezahlten sprachwissenschaftlichen Expertin zufolge voll von versteckten Botschaften und Aufforderungen, die verfassungsmäßige Ordnung zu verändern, und verletze die Integrität der Russischen Föderation. Artikel zu Folter und unmenschlicher Behandlung seien eine Diffamierung der Polizei und schädigten deren Image. Tatsächlich berichtete die "Jugend für Menschenrechte Zeitung" über Fälle von Polizeigewalt und Folter, über Gerichtsverfahren gegen Aktivist*innen, über Menschenrechtsarbeit und aktuelle Probleme.

Eigentlich das einzige Argument, dass im Fall gegen GDM vorgetragen wird, behandelt Veröffentlichungen in der Menschenrechts-Zeitung, und verdeutlicht die Qualität der "Expertise". Das liest sich dann folgendermaßen: "Die Texte und illustrierenden Materialien in der 'Jugend für Menschenrechte Zeitung' bergen spezielle sprachliche Mittel der visuellen Beeinflussung ... "sprechende" Satzzeichen - die Ausrufezeichen im Slogan 'Freiheit!!!'. Die in den Texten und Überschriften der 'Jugend für Menschenrechte Zeitung' verborgenen Aufrufe zur gewaltsamen Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung und Verletzung der Integrität der Russischen Föderation bestehen in den wiederholten Forderungen nach 'Freiheit' sowie Forderungen nach 'Rechten.'"

Tatiana Kulbakina schrieb dazu am 30. Mai 2014 im Journal 7x7: "Eigentlich habe ich keine Lust, das hier zu kommentieren. Die Absurdität ist offenkundig, wie ich finde. Im Prinzip ist die gesamte Untersuchung im

selben Stil gemacht." Das linguistische Gutachten wurde von Philologie-Doktorin Larissa Gorban verfasst, die 2008 ihren Dokortitel für die Arbeit "Kriegsmarinelexik der russischen Sprache in Synchronie und Diachronie" erhielt. Sie behauptet in ihrer Expertise, "GDM weist Merkmale eines ausländischen Agenten auf".

Aktionsfelder von GDM

Die Humanistische Jugendbewegung macht vor allem Bildungsarbeit zu verschiedenen Themen, hat selbst aber nie öffentliche Aktionen wie Demonstrationen oder Mahnwachen veranstaltet. Ziele der Organisation sind die Vermittlung humanistischer Werte an Jugendliche; die Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen, rechtliche Bildung und Jugendbildung; die Stärkung der öffentlichen Rolle und sozialen Bedeutung von Jugend; die Entwicklung von gegenseitigem Verständnis zwischen Menschen aus verschiedenen Ländern; die Aufklärung für Toleranz, Freiheit und die Rechte des Einzelnen, andere Weltansichten und Lebensweisen. Das alles klingt fast wie aus den Förderrichtlinien des Jugend-Programms der EU - also was hierzulande nicht als verwerflich, sondern als besonders förderwürdig betrachtet wird. Im Fokus der "Foreign Agent"-Vorwürfe gegen GDM stehen Zuschüsse, die die Organisation für ihre internationalen und interkulturellen Veranstaltungen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und vom Generalkonsulat der Niederlande in St. Petersburg erhalten hat.

Historie der "Foreign Agent"-Vorwürfe

Schon im Frühjahr 2013 wurde GDM von der Staatsanwaltschaft geprüft - offiziell, um zu checken, inwiefern die offiziellen Ziele der Organisation mit den tatsächlichen Aktivitäten in Einklang stehen. Diese Prüfung war bereits mit dem damals recht neuen "Foreign Agent"-Gesetz verbunden. Es gab keine Bemängelungen.

Im März 2014 wurde die Humanisti-

sche Jugendbewegung durch das Justizministerium im Zuge der regulären dreijährlichen Prüfungen auch auf das Vorliegen von "Foreign Agent"-Aktivitäten gecheckt, woran die Staatsanwaltschaft indirekt beteiligt wurde und zusätzliche Fragen beisteuerte. Diese Prüfung erfolgte im Namen der Staatsanwaltschaft,



Die Vertreterin der Staatsanwaltschaft im Prozess gegen die Murmansk-Gruppe "Humanistische Jugendbewegung"

ausgeführt durch das Justizministerium. Im Abschlussbericht bescheinigte das Ministerium Mitte März, dass zwar ausländische Gelder geflossen sind, aber die Arbeit von GDM nicht als politisch zu bewerten ist, womit die Tatbestandsmerkmale nicht erfüllt werden. Der russische Mainstream-Diskurs setzt "politisch" mit "parteilich" gleich, während aktivistische Tätigkeiten nicht als politisch betrachtet werden. Die Staatsanwaltschaft jedoch sah den Fall anders und mischte sich ein. Aber die ist gar nicht zuständig, sondern das Justizministerium.

Mitte April lud die Staatsanwaltschaft die Vorsitzende der Humanistischen Jugend-Bewegung Zhanna Ponomarenko zu einem offiziellen Gesprächstermin vor. Insbesondere sollte ein weiteres Mal der Sinn der Aktivitäten der Organisation erläutert werden. Die meisten konkreteren Fragen betrafen die von der Humanistischen Jugend-Bewegung herausgegebene "Jugend für Menschenrechte Zeitung", die im Fokus der FSB-Papiere stand. Ein beigefügtes linguistisches Expertengutachten sollte versteckte Anti-Regierungs-Botschaften aufzeigen. In dem Gespräch, das am 21. April 2014 stattfand, wurden GDM die Verfahrensakten vorgelegt, um eine Stellungnahme abzugeben. Dadurch wurde auch bekannt, dass der FSB die Staatsanwaltschaft aufgefordert hatte